

Sofortige Bezahlung der praktischen Tätigkeit in der Psychotherapie-Ausbildung gefordert -es ist unzumutbar, auf die Gesetzesreform zu warten

Bis die geplante alles verändernde Reform des Psychotherapeutengesetzes greift, dauert es mindestens 4 bis 5 Jahre. Das dauert viel zu lang. Sofortmaßnahmen sind notwendig:

Jetzt herrscht Ungerechtigkeit,

jetzt arbeiten Psychologen, Pädagogen und Sozialpädagogen ohne Bezahlung im Krankenhaus

jetzt muss sofort Abhilfe geschaffen werden.

Wer ganztags qualifiziert in der stationären Krankenversorgung arbeitet, kann sich nicht durch Nebenjobs wie Kellnern, Taxifahren etc. über Wasser halten.

Ausbildungsteilnehmer und Ausbildungsinstitute mit ihren Dozenten und Supervisoren fordern Sofortmaßnahmen zur Beendigung dieses skandalösen Missstandes. Zahlreiche Versuche von Seiten der Institute haben nichts gebracht. Immer - so wie jetzt auch - wird auf eine umfassende Gesetzesänderung verwiesen. Dabei besteht der Skandal schon seit 1999.

Es ist nicht zumutbar, noch länger auf ein Gesetz zu warten, das ohnehin für die gegenwärtigen Ausbildungsteilnehmer nichts mehr bringen würde.

Die Verantwortlichen müssen jetzt dafür sorgen, dass die 1200 Stunden Praktikum in der psychiatrischen Klinik bezahlt werden. Auch wenn eine tarifliche Bezahlung als Diplom-PsychologInnen (Master*) erst durch Gesetzesänderungen erreichbar ist, ist ein sofortige Mindestbezahlung jederzeit möglich, die stufenweise erhöht werden muss:

ab 2014 tausend Euro monatlich, ab 2015 tausendfünfhundert

Krankenkassen entscheiden indirekt über die Bezahlung des Klinikpersonals, weil in den von ihnen genehmigten Tagessätzen die Personalkosten genau kalkuliert sind. Sie können und müssen jetzt gemeinsam mit den Klinikverwaltungen dafür sorgen, dass diese Bezahlung unverzüglich eingesetzt wird - das geht fürs Erste auch ohne Gesetzesänderung. Sie dürfen nicht warten, bis sie durch ein Gesetz gezwungen werden. Krankenkassen und Krankenhäuser stehen unter behördlicher und ministerieller Aufsicht. Deshalb ist es Aufgabe der zuständigen Ministerien, auf Krankenkassen und Krankenhausverwaltungen einzuwirken, dass diese ihrer Verantwortung gerecht werden. Wenn sie dies tun, kann sich niemand mehr hinter einem künftigen Gesetz verstecken und die Zeit bis dahin aussitzen.

Obige Aussagen gelten ebenso für **Diplom-Pädagogen bzw. Master und Diplom-Sozialpädagogen bzw. Master, die die derzeitige Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie-Ausbildung machen.*

Redaktion: Serge Sulz 28.12.2013 info@serge-sulz.de
Nymphenburger Str. 155, 80634 München